

LDK in Reutlingen am 8.12.2024

Gremium: LAG Wissenschaft, Hochschule, Technologiepolitik
Beschlussdatum: 07.11.2024
Tagesordnungspunkt: 0.LDK-V Sonstige Anträge und Resolutionen

1 Baden-Württemberg ist ein Wissenschaftsland. Unser Land profitiert in höchstem
2 Maße von Hochschulen und weiteren wissenschaftlichen Einrichtungen, die
3 Arbeitgeber für viele neugierige, nach Erkenntnis strebende Menschen sind.
4 Wissenschaftler*innen stellen ihre Erkenntnisse der Öffentlichkeit zur Verfügung
5 und ermöglichen so eine sachorientierte Diskussion und Meinungsbildung zu
6 gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Sie tragen zur Entwicklung
7 technologischer Innovationen und damit zur Stärkung unserer Wirtschaft bei. Sie
8 erweitern über das Knüpfen internationaler Verbindungen kulturelle Horizonte und
9 bilden Menschen für ihr Berufsleben und Wirken als mündige Bürger*innen in einer
10 freiheitlich-demokratisch verfassten Gesellschaft aus. Sie stellen Bekanntes in
11 Frage, weisen wo nötig auf Missstände hin und unterbreiten Vorschläge zur
12 Bewältigung der großen Herausforderungen unserer Zeit.

13 Um all diese Aufgaben wahrnehmen zu können, müssen Wissenschaftler*innen in
14 ihrer Arbeit vor Vereinnahmung durch politische und gesellschaftliche Akteure
15 für deren Eigeninteressen geschützt sein. Die in Artikel 5 des Grundgesetzes
16 verankerte Wissenschaftsfreiheit steht für uns daher im Zentrum GRÜNER
17 Wissenschaftspolitik. Wir sind davon überzeugt: Eine freie Gesellschaft braucht
18 eine freie Wissenschaft und eine freie Wissenschaft braucht eine freie
19 Gesellschaft. Im Folgenden legen wir dar, wie wir gute Politik für freie
20 Wissenschaft gestalten und damit sicherstellen, dass eine freie Wissenschaft
21 auch in Zukunft gute Politik ermöglicht.

22 **1. Freie Wissenschaft und Politik**

23 Wissenschaft in ihrer erkenntnisgebenden Funktion ist für politische
24 Entscheidungsprozesse von zentraler Bedeutung: Sie tritt hier beratend auf und
25 ermöglicht eine evidenzbasierte Entscheidungsfindung. Wie wichtig dies ist,
26 sehen wir z. B. in der Klima- und Gesundheitspolitik. Politik ist also auf ein
27 funktionierendes Wissenschaftssystem angewiesen, um demokratische Prozesse auf
28 eine solide Informationsgrundlage stellen zu können.

29 Andersherum ist das Wissenschaftssystem selbst auf verlässliche Politik, genau
30 genommen verlässliche Wissenschaftspolitik, angewiesen: Die Wissenschaft braucht
31 die Politik als Garantin für Wissenschaftsfreiheit. Wissenschaftspolitik
32 fungiert daher in erster Linie als Strukturwächterin. Sie schützt und stärkt
33 über das Gestalten entsprechender Rahmenbedingungen die freie Forschungs- und
34 Lehrtätigkeit, die Unabhängigkeit von Wissenschaftler*innen in der Wahl von
35 Methoden und Forschungsfragen sowie ihre Unabhängigkeit in Personalfragen (z. B.
36 im Besetzen von Professuren). Politik stellt sicher, dass Wissenschaft mit
37 genügend finanziellen Mitteln langfristig und planungssicher ausgestattet wird,
38 um ihr ein unabhängiges Agieren auch von Akteuren aus Wirtschaft und
39 Gesellschaft zu ermöglichen. Außerdem schafft Politik gesetzliche

40 Rahmenbedingungen, welche Wissenschaftler*innen auf individueller Ebene vor
41 Einschränkungen der freien Ausübung ihrer Tätigkeit durch Diskriminierung
42 schützen.

43 Wissenschaft und Politik sind in ihren jeweiligen Aufgabenbereichen
44 unterschiedlichen Grundprinzipien verpflichtet. Dies hat Folgen für das
45 Verhältnis von Wissenschaft und Politik zueinander. Wissenschaft strebt nach
46 Erkenntnisgewinn und kann dabei nicht politischem Interessenausgleich, sondern
47 muss methodischen Standards verpflichtet sein. Entsprechend entscheiden allein
48 wissenschaftliche Expert*innen über Fördermittelvergabe, wissenschaftliches
49 Personal oder die Bewertung wissenschaftlicher Arbeiten.

50 Politik hingegen funktioniert nach demokratischen Prinzipien und muss auf
51 politischen Interessenausgleich zwischen einer Vielzahl gesellschaftlicher
52 Akteure hinarbeiten. Diese Ausrichtung politischer Gestaltungsmacht an
53 demokratischen Prinzipien zeigt Wissenschaftler*innen auch Grenzen auf:
54 Entscheidungen darüber, wohin eine Gesellschaft sich entwickelt und welche
55 Maßnahmen sie ergreift, um einen Entwicklungspfad einzuschlagen, müssen in
56 demokratischen Prozessen getroffen werden. Wissenschaft verfügt über keine
57 entsprechende Entscheidungs- und Gestaltungsbefugnis. Gute Politik sorgt jedoch
58 dafür, dass von der Wissenschaft zur Verfügung gestellte Erkenntnisse in
59 demokratische Prozesse Eingang finden und so eine Evidenzbasierung politischer
60 Entscheidungsfindung ermöglichen. Die Politik kann also ihre Verantwortung nicht
61 an die Wissenschaft abgeben, sondern muss auf Grundlage wissenschaftlicher
62 Erkenntnisse unterschiedlicher Disziplinen Optionen abwägen und dann in
63 demokratisch organisierten Prozessen Entscheidungen treffen.

64 **2. Freie Wissenschaft für technologischen Fortschritt und nachhaltige** 65 **Entwicklung**

66 Wissenschaft ist Innovationstreiber und damit nicht nur Motor unserer
67 Wirtschaft, sondern auch und insbesondere der Ort, an welchem Lösungen für die
68 vor uns liegenden Transformationsaufgaben entstehen. Ohne unabhängige
69 Grundlagen- und Anwendungsforschung sowie forschungsnaher Lehre würden wichtige
70 Impulse, die sich später beispielsweise in marktfähige Produkte für eine
71 klimaneutrale Gesellschaft entwickeln, fehlen. Entsprechend sorgt der
72 Wissenschafts- und Wirtschaftsstandort Baden-Württemberg mit seiner besonderen
73 Innovationskraft über Ländergrenzen hinweg für langfristige
74 Entwicklungsperspektiven in der Transformation. Deren Chancen und Risiken wie
75 auch die Beforschung sozialer Fragen stehen ebenfalls im Zentrum
76 wissenschaftlicher Tätigkeit. Die Stabilität freiheitlich-demokratisch
77 verfasster Gesellschaften kann nur gewährleistet werden, wenn wir einen Weg zur
78 Klimaneutralität aufzeigen, der auch wirtschaftliche Perspektiven und Sicherheit
79 bietet.

80 Deswegen setzen wir auf neue Technologien und Ideen aus der Wissenschaft und
81 stehen dabei zu unserer Verantwortung als politische Partei, Lösungen für
82 Probleme auf der Grundlage aktueller Erkenntnisse nicht in eine ungewisse
83 Zukunft zu verschieben, sondern bereits heute anzupacken. Politik wird nur dann
84 ihrer Verantwortung gerecht, wenn sie wissenschaftliche Erkenntnisse

85 unterschiedlicher Disziplinen, z. B. über den Klimawandel, ernst nimmt und auf
86 dieser Grundlage Entscheidungen trifft. Gleichzeitig muss Politik damit umgehen,
87 dass wissenschaftliche Erkenntnisprozesse langwierig und immer mit der
88 Möglichkeit verbunden sind, dass neue Erkenntnisse eine Revidierung vormaliger
89 Wissensstände – und damit auch vormaliger Entscheidungsgrundlagen – bedeuten
90 können. Hinter diesen Ungewissheiten wissenschaftlicher Erkenntnisgewinnung darf
91 sich Politik jedoch nicht verstecken. Drängende politische Entscheidungen dürfen
92 nicht aufgeschoben werden, nur weil grundsätzlich die Möglichkeit besteht, dass
93 die Wissenschaft zu neuen Erkenntnissen kommt. Politik muss Entscheidungen mutig
94 angehen.

95 Nachhaltige Entwicklung ist Kernthema GRÜNER Politik. Gleichzeitig sind wir auch
96 und insbesondere in diesem Kontext angehalten, die Grenzen inhaltlicher
97 Einflussnahme durch uns als politischen Akteur auf das Forschungsgeschehen im
98 Land zu wahren. GRÜNE Wissenschaftspolitik für nachhaltige Entwicklung bedeutet
99 keine Steuerung über detaillierte Vorgaben, wie Forschung zu
100 Nachhaltigkeitsthemen auszusehen hat. Stattdessen vertrauen wir auf die
101 Eigendynamiken, die ein freies Wissenschaftssystem auszeichnen: Die
102 Notwendigkeit zur Beforschung von Nachhaltigkeitsfragen ergibt sich bereits aus
103 Forschungsergebnissen zum Zustand unserer Welt selbst. Wissenschaftler*innen
104 streben bereits von sich aus den Angang entsprechender transformationsrelevanter
105 Fragen über Disziplinen hinweg an. Je mehr Freiheiten wir Wissenschaftler*innen
106 auf der Suche nach Antworten auf die großen Nachhaltigkeitsfragen unserer Zeit
107 lassen, umso größer ist die Chance, dass neue Entwicklungen mit durchschlagender
108 Wirkung auf den Weg gebracht werden. In der Programmförderung zur finanziellen
109 Ausstattung nachhaltigkeitsbezogener Forschungsprojekte setzen wir daher auf
110 möglichst breite und offene Themensetzung. Zu detaillierte Vorgaben seitens
111 Politik und Verwaltung laufen Gefahr, den Erkenntniskorridor zu früh zu stark
112 einzuengen und so aktuell nicht vorhersehbare, aber potenziell wirkmächtige
113 Erkenntnisse und Entwicklungen zu verhindern. Auch und insbesondere die freie
114 Grundlagenforschung zu Themen, deren Nachhaltigkeitsbezug auf den ersten Blick
115 nicht erkennbar scheint, muss daher im Sinne der Wissenschaftspolitik für
116 nachhaltige Entwicklung finanziell stark ausgestattet bleiben.

117 **3.Freie Wissenschaft für demokratischen Diskurs**

118 Universitäten, Hochschulen und weitere wissenschaftliche Einrichtungen sind
119 nicht nur Forschungseinrichtungen im engeren Sinne, sondern auch wichtige
120 öffentliche Diskursräume, in denen Bedingungen des gesellschaftlichen
121 Zusammenlebens verhandelt werden. Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung
122 gesellschaftlicher Debatten ist eine freie Gesellschaft auf die Wissenschaft als
123 einen für unterschiedliche Akteure zugänglichen und zugleich sachlich-rationalen
124 Diskursraum angewiesen. Auch kontroverse Themen und Fragen sowie möglicherweise
125 zu verwerfende Positionen müssen Eingang in diesen Raum finden können, um
126 konstruktiv erörtert und überhaupt auf Stichhaltigkeit ihrer Argumente überprüft
127 werden zu können. Wissenschaftliche Einrichtungen sind diejenigen Orte unserer
128 Gesellschaft, an welchen das Aushalten von und der konstruktive Umgang mit

129 Meinungsvielfalt zu gesellschaftspolitisch schwierigen Fragestellungen gemeinsam
130 eingeübt werden kann.

131 Protestaktionen, die ihren Ursprung in gesellschaftspolitischen
132 Auseinandersetzungen haben, sind ebenfalls als Teil des breiteren,
133 gesellschaftsoffenen Diskurses an wissenschaftlichen Einrichtungen zu verstehen.
134 Sie müssen als solche zugelassen werden, so lange sie den wissenschaftlichen
135 Betrieb nicht beeinträchtigen und Grenzen der Meinungsfreiheit eingehalten
136 werden. Protestformen, welche die Grenzen der Meinungsfreiheit überschreiten,
137 Bedrohungen aussprechen, zu Gewalt aufrufen oder sie gar einsetzen, müssen
138 entschieden unterbunden und entsprechend tätige Personen verfolgt werden. Gewalt
139 ist niemals Mittel der freien Meinungsäußerung und kein demokratischer Protest.

140 Wir stellen uns schützend vor die Wissenschaft als offenen Diskursraum. Weder
141 Politik noch andere gesellschaftliche Institutionen dürfen versuchen, diesen
142 offenen Diskursraum über Druck auf wissenschaftliche Einrichtungen
143 einzuschränken. Insbesondere wollen wir Hochschulen weiterhin und verstärkt
144 dabei unterstützen, wirksame Schutzvorkehrungen zu entwickeln und zu etablieren,
145 die diskriminierende und damit diskursausschließende Angriffe auf Menschen, die
146 sich in diesem Diskursraum bewegen oder bewegen wollen, abwehren. Dies betrifft
147 insbesondere, aber nicht nur, Diskriminierung aufgrund von sozialer Herkunft,
148 Religionszugehörigkeit, Nationalität, Ethnie, Geschlecht, sexueller Orientierung
149 oder gesundheitlicher Beeinträchtigung. So lange sich Äußerungen im Rahmen der
150 Meinungsfreiheit bewegen, sind Ausschlüsse aufgrund bestimmter politischer
151 Positionen ebenfalls unzulässig. Gleichzeitig darf dieser offene Diskursraum
152 nicht missbraucht werden, insbesondere nicht, um Einschränkungen des Diskurses
153 und des wissenschaftlichen Austausches zu erwirken.

154 **4. Wissenschaftsfreiheit auch für Nachwuchswissenschaftler*innen**

155 Auch für Wissenschaftler*innen in Qualifikationsphasen gilt: Die
156 Wahrscheinlichkeit, wertvolle oder sogar bahnbrechende Erkenntnisse zu erlangen,
157 steigt mit dem Grad an Unabhängigkeit und Freiheit im Forschungsprozess.
158 Aufgrund befristeter Arbeitsverhältnisse mit oftmals kurzen Vertragslaufzeiten
159 forschen Nachwuchswissenschaftler*innen jedoch in besonders starker Abhängigkeit
160 von denjenigen Personen, die in sehr kurzen Zeitabständen wiederholt über ihren
161 Verbleib im Wissenschaftssystem entscheiden. Diese Abhängigkeit hemmt
162 Risikobereitschaft im Umgang von Forschungsfragen und damit das
163 Innovationspotenzial unseres Wissenschaftssystems. Das neu zu gestaltende
164 Wissenschaftszeitvertragsgesetz auf Bundesebene soll hier stellenweise
165 Verbesserungen bringen, wird aber nicht alle Probleme lösen können. Hier sind
166 die Länder gefragt, innerhalb ihres Zuständigkeitsbereiches tätig zu werden.
167 Dieser Aufgabe wollen wir uns in Baden-Württemberg annehmen und
168 Forschungseinrichtungen dabei unterstützen, neue Konzepte zu entwickeln, um
169 Wissenschaftler*innen in frühen Karrierephasen mehr Sicherheit und Freiheit in
170 der Gestaltung ihrer wissenschaftlichen Arbeit zu ermöglichen. Wir setzen uns
171 dabei auch für eine Verbesserung der finanziellen Ausstattung für
172 Nachwuchswissenschaftler*innen und eine Stärkung ihrer Stimme in der
173 akademischen Selbstverwaltung ein.

174 5. GRÜNE Wissenschaftspolitik ist Zukunftspolitik

175 Orientiert am grundgesetzlich verankerten Prinzip der Wissenschaftsfreiheit hat
176 GRÜNE Wissenschaftspolitik unser Land Baden-Württemberg über drei
177 Legislaturperioden hinweg stark gemacht. Mit dem festen Vertrauen auf
178 Wissenschaftsfreiheit als Leitprinzip treten wir für eine Zukunft ein, in der
179 Politik Entscheidungen evidenzbasiert treffen kann, in der technologischer
180 Fortschritt zur schnellstmöglichen Realisierung einer klimaneutralen
181 Gesellschaft beiträgt und in der demokratischer Diskurs unsere offene
182 Gesellschaft schützt und bereichert. Auch in Zukunft verteidigen wir die
183 Wissenschaftsfreiheit entschieden gegen Angriffe – denn mit der Freiheit unserer
184 Wissenschaft verteidigen wir auch die Freiheit und Zukunft unserer Gesellschaft.

Begründung

Zunehmend ist zu beobachten, dass politische wie gesellschaftliche Akteure Prinzipien der grundgesetzlich verankerten Wissenschaftsfreiheit in Frage stellen oder missachten. Dies gefährdet eine tragende Säule unserer freiheitlich-demokratisch verfassten Gesellschaft und das Vorankommen auf dem Weg in eine klimaneutrale Gesellschaft. In diesem Antrag halten wir unmissverständlich fest: Mit GRÜNER Wissenschaftspolitik waren, sind und bleiben wir der Wissenschaft eine verlässliche Partnerin und stellen uns schützend vor die Wissenschaftsfreiheit.